



**Beschluss des Landesparteitages der Hamburger CDU
am 10. Juli 2023**

Neue Kraft für Hamburgs Wirtschaft 11-Punkte-Plan für die Zukunft unserer Stadt

Antragsteller: Landesvorstand der CDU; Landesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsunion;
Landesfachausschuss Wirtschaft, Arbeit und Finanzen; Prof. Dr. Götz T. Wiese MdHB, Dr. Philipp
Steinwärder, Thies Goldberg.

Inhaltsverzeichnis

<i>Den Wirtschaftsraum Hamburg neu denken, die Innovationskraft Hamburgs stärken, die Attraktivität Hamburgs für den Mittelstand steigern.....</i>	3
<i>Den Wirtschaftsraum Hamburg neu denken</i>	4
1. Stadt und Metropolregion: Der ganze Norden.....	4
2. Stadt der Mobilität: Verkehr, der funktioniert.....	5
3. Stadt der digitalen Verwaltung: Schneller, Hamburg!	6
4. Stadt des nachhaltigen Wachstums: Hamburgs Maß und Mitte.....	7
<i>Die Innovationskraft Hamburgs stärken</i>	8
5. Stadt der klugen Köpfe: Der beste Ort für Innovation.....	8
6. Stadt der Industrie: Hamburgs Turbo-Antrieb!	10
7. Stadt am Wasser: Welt- und Energiehafen Hamburg	11
8. Stadt der neuen Energien: Leuchtturm im Norden.....	13
9. Stadt der Gesundheit: Hamburg heißt Leben.....	14
<i>Die Attraktivität Hamburgs für den Mittelstand steigern</i>	14
10. Stadt des Mittelstands: Das Fundament, auf dem wir alle stehen.....	14
11. Stadt für Bildung und Arbeit: Hamburgs Wirtschaft für die Menschen.....	16

Den Wirtschaftsraum Hamburg neu denken, die Innovationskraft Hamburgs stärken, die Attraktivität Hamburgs für den Mittelstand steigern

Hamburgs Wirtschaft fällt zurück. Der OECD-Bericht für die Metropolregion Hamburg hat bereits vor vier Jahren aufgezeigt, dass Hamburg im Vergleich zu anderen Metropolregionen im In- und Ausland zunehmend schwächelt. Geschehen ist seither wenig. Über die Frage, wie wir künftig leben möchten, ist in der Öffentlichkeit viel, über die Frage, wovon wir künftig leben möchten, wenig debattiert worden. Die Schwerpunkte haben auf anderen Politikfeldern gelegen. Es wird Zeit, in der Wirtschaftspolitik in Hamburg einen neuen Kurs einzuschlagen. Denn die Wirtschaft der vergangenen Jahrzehnte, der wir einen beispiellosen Wohlstand verdanken, steht massiv unter Druck. Im Hafen, im Handel, in der Industrie, in den Medien und in vielen Teilen des Mittelstands müssen sich Unternehmen nicht nur mit dem Strukturwandel, vom Umbau zu einer klimafreundlichen Wirtschaft über die Digitalisierung bis zum Fachkräftemangel, auseinandersetzen. Betriebe und Beschäftigte kämpfen auch mit der weit verbreiteten, aber unberechtigten Selbstzufriedenheit des rot-grünen Senats. Um im Standortwettbewerb langfristig bestehen zu können, braucht Hamburg eine Vision für die wirtschaftliche Entwicklung über 2030 hinaus.

Grundlage einer neuen Wirtschaftspolitik für Hamburg ist die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft: Wir wollen eine klare Ordnungspolitik, die nicht auf mehr Regulierung, sondern auf mehr Freiräume für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln setzt. Wir glauben nicht, dass Politiker und Beamte besser als Unternehmer und Verbraucher beurteilen können, was für den Einzelnen das Richtige ist. Wir wollen Hürden abbauen und unternehmerisches Handeln erleichtern. Wir setzen uns für offene Märkte und Wettbewerb ein. Wir sind davon überzeugt, dass die vielen Menschen, die in Hamburg beschäftigt sind, Verantwortung für sich und ihre Angehörigen nicht nur übernehmen können, sondern auch übernehmen wollen. Umgekehrt steht für uns außer Frage, dass wir denen, die nicht für sich selbst sorgen können, beistehen: Wir sind stolz auf unseren Sozialstaat und die Leistungen für diejenigen, die der Unterstützung bedürfen. Und wir wissen, dass auch die künftige wirtschaftliche Ordnung weiter und immer stärker auf Nachhaltigkeit achten, die natürlichen Lebensgrundlagen schützen und den Klimawandel bewältigen muss. Auch dafür bietet die Soziale Marktwirtschaft die beste Grundlage.

Wir beabsichtigen, bereits heute in den Wohlstand von morgen zu investieren. Das bedeutet: Wir wollen in Hamburg die besten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft der Zukunft setzen, so dass unsere Betriebe auch in Zukunft im nationalen und im internationalen Wettbewerb bestehen können. Dabei haben wir immer das Wohl der Hamburgerinnen und Hamburger fest im Blick. Wir sind davon überzeugt: Eine starke Wirtschaft dient allen Menschen in unserer Stadt. Nur mit einer florierenden Wirtschaft werden wir die Voraussetzungen für gut bezahlte Arbeit, eine gesunde Umwelt und eine lebenswerte Stadt schaffen.

Die CDU Hamburg legt hiermit ihre wirtschaftspolitischen Leitlinien in Form eines 11-Punkte-Plans vor, mit dem Hamburgs Wirtschaft neue Kraft entfalten wird: vor Ort verankert, immer ideenreich, weltweit stark. „Neue Kraft“ bedeutet, dass wir den Wirtschaftsraum Hamburg neu denken, die Innovationskraft unserer Metropole steigern und den Mittelstand stärken wollen. Wir legen in diesem Papier bewusst den Schwerpunkt auf branchenspezifische Aspekte. Selbstverständlich ist die Politik darüber hinaus verpflichtet, eine stärkere Wirtschaftsbeteiligung von Frauen zu fördern und Voraussetzungen für eine moderne Arbeitswelt zu schaffen. Dabei gilt es, neben den hier genannten wirtschaftspolitischen Strukturüberlegungen eng mit anderen Ressorts (Familienpolitik, Stadtentwicklung etc.) zusammenzuarbeiten.

Den Wirtschaftsraum Hamburg neu denken

1. Stadt und Metropolregion: Der ganze Norden

Die CDU Hamburg will die Metropolregion Hamburg, in der mehr als fünf Millionen Menschen leben und arbeiten, neu beleben und als Wirtschaftsstandort in die Spitze führen. Dabei setzen wir auf eine Kultur der guten Nachbarschaft mit unseren Nachbarländern und -kreisen. Wir möchten eine Metropolregion auf Augenhöhe und die Entwicklung gemeinsam und zum Wohle aller Menschen in der Metropolregion vorantreiben.

Wirtschaftspolitik auf Landesebene ist immer vor allem Standortpolitik. Wir wollen den Standort Hamburg und die Metropolregion im Wettbewerb zu anderen Wirtschaftsstandorten im In- und Ausland stärken. Das derzeit bestehende wirtschaftspolitische innerdeutsche Süd-Nord-Gefälle soll umgekehrt und Hamburg wieder eine ernst zu nehmende Option für die Ansiedelung neuer Unternehmen werden. Wir wollen die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern und -kreisen unter anderem bei der Ausweisung von Gewerbeflächen und der Planung von Verkehrsinfrastrukturen aktivieren und erweitern. Lokal ist der grenzüberschreitende Verbund aus Merkur-, Minerva- und Victoria-Gewerbepark in Hamburg-Rahlstedt und im Kreis Stormarn ein Beispiel. Weitergehend könnte eine Wirtschaftsregion Flughafen, bestehend aus den Hamburger Bezirken Eimsbüttel und Nord sowie den Kreisen Pinneberg und Bad Segeberg, mit einer integrierten Wirtschafts- und Wirtschaftsförderungspolitik errichtet werden.

Aber auch darüber hinaus muss der Blick gerichtet werden: Mit der Festen Fehmarnbeltquerung und der Hinterlandanbindung auf der Schiene und auf der Straße wird sich die wirtschaftsgeografische Lage Hamburgs verändern: Die Metropolregionen Hamburg und Kopenhagen rücken näher zusammen. Durch die Feste Fehmarnbeltquerung wird die Fahrtzeit zwischen Hamburg und Kopenhagen erheblich verringert, auf der Schiene sogar auf zweieinhalb Stunden halbiert. Für Hamburg und die gesamte Metropolregion ergibt sich die Chance, verstärkt Unternehmen aus dem skandinavischen Raum

anzusiedeln. Wir wollen die Chance nutzen und Hamburg als den ersten Anlaufpunkt in Mitteleuropa für Unternehmen aus Skandinavien ausbauen. Umgekehrt wollen wir Hamburg als Tor nach Nordeuropa profilieren und einen Schwerpunkt der Außenwirtschaftsförderung auf diesen Raum legen.

Die Metropolregion Hamburg ist dabei auf leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen angewiesen. Als Stadtstaat können wir bei der Planung von Fernverkehrsverbindungen auf der Schiene, auf der Straße und auf dem Wasser ohne unsere Nachbarn nichts erreichen. Wir setzen uns deshalb für eine unter den fünf norddeutschen Ländern eng abgestimmte Positionierung zur Bundesverkehrswegeplanung ein. Die Herausforderungen und Entwicklungen im Verkehrsbereich dürfen nicht isoliert für Hamburg betrachtet werden, vielmehr braucht es eine Betrachtung der gesamten Metropolregion. So soll etwa der Hamburger Flughafen Luftverkehrs-Hub für den gesamten Norden werden. Nicht zuletzt ist der Ausbau der länderübergreifenden und besonders essenziellen Infrastruktur wie der Hafenpassage (A 26-Ost), der neuen Köhlbrandquerung und der Weiterführung der A 20 samt Elbquerung westlich von Hamburg ein wichtiger Baustein, um Lieferverkehre über weite Distanzen aus dem Stadtverkehr herauszuhalten. Dies entlastet die ohnehin bereits überlasteten Straßen Hamburgs und beschleunigt zeitgleich die Verkehrsflüsse um Hamburg herum.

2. Stadt der Mobilität: Verkehr, der funktioniert

Die CDU strebt einen Neustart in der Verkehrspolitik für die Wirtschaft an. Wir bekennen uns zu einer Verkehrspolitik, die das Ziel verfolgt, den Straßenverkehr schrittweise auf klimafreundliche Antriebstechniken umzustellen und den öffentlichen Personennahverkehr auszubauen. Die ideologische, wirtschaftsfeindliche Verkehrspolitik des rot-grünen Senats, die die Belange der Wirtschaft aus dem Blick verloren hat, lehnen wir jedoch ab.

Für alle Unternehmen in unserer Stadt – unabhängig von Wirtschaftszweig und Größe – ist die Erreichbarkeit für ihre Mitarbeiter, Lieferanten, Kundinnen und Kunden unverzichtbar. Für alle Unternehmen in Hamburg ist genauso unverzichtbar, dass sie selbst ihre Lieferanten, Kundinnen und Kunden erreichen können. Funktionierende Wirtschaftskreisläufe sind ohne den Straßenverkehr und insbesondere den Straßengüterverkehr nicht denkbar. Wer als Handwerksbetrieb Werkzeug und Material mitführen und wer Waren ausliefern muss, ist auf den Lkw oder Lieferwagen angewiesen. Das Lastenfahrrad stellt nur selten eine taugliche Lösung dar. Wir fordern deshalb, ein tragfähiges Konzept für den Wirtschaftsverkehr in unserer Stadt auszuarbeiten und zu realisieren. Das bedeutet, bei allen Umgestaltungs- und Baumaßnahmen die Wirtschaftsverkehre zu berücksichtigen. Ladezonen und freie Wege für Warenlieferungen müssen immer gewährleistet sein, ebenso wie dauerhafte kostenfreie Abstellmöglichkeiten für Betriebsfahrzeuge am Einsatzort. Wir wollen gemäß §46 Abs. 2 Satz 1 StVO zudem eine allgemeine Ausnahme für Handwerker und Gewerbebetriebe in Bewohnerparkzonen

erlassen, damit Firmenfahrzeuge auf öffentlichen Stellplätzen geparkt werden können. Damit die eingerichteten Lade- und Lieferzonen sinnvoll und effizient genutzt werden können, soll ein digitales Portal mit einer Übersicht über die bestehenden Zonen geschaffen werden. So können Unternehmen ihre Anfahrt besser planen.

Wenn die innerstädtische Wirtschaft vom Lieferverkehr abgeschnitten wird, torpediert dies alle Anstrengungen zur Belebung der Innenstadt. Aber auch darüber hinaus gilt: Um in der ganzen Stadt gemischte Quartiere in guter Nachbarschaft zu gestalten, müssen wir für Unternehmen ausreichend Parkraum am Firmensitz vorsehen. Zugleich müssen Betriebs- und Lieferfahrzeuge beim Kunden halten und parken können. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass inzwischen einige Unternehmen bestimmte Gebiete nicht mehr ansteuern, weil Aufträge dort durch ewigen Parksuchverkehr zeitlich und damit wirtschaftlich nicht mehr darstellbar sind. Sture Parkplatzvernichtung führt nicht ans Ziel und darf es künftig nicht mehr geben.

Um die dicht besiedelten Bereiche unserer Stadt vom Lieferverkehr zu entlasten, unterstützen wir Konzepte, bei denen für die „letzte Meile“ verstärkt Sammelpunkte für die Auslieferung von Paketen („*Micro Hubs*“) errichtet werden. Wir sind offen für Vorschläge, die dicht bebauten Bereiche der Innenstadt und der Kerngebiete unserer Stadtteile von Kraftfahrzeugverkehr zu entlasten. Wir unterstützen auch das Ziel, die Bedingungen für den Fahrradverkehr in unserer Stadt zu verbessern, und betonen zugleich, dass dies nicht zuungunsten des motorisierten Individualverkehrs erfolgen darf.

Erforderlich sind digitale Verkehrsleitsysteme. Dafür muss die digitale Infrastruktur ausgebaut werden (s. auch Ziffer 3). Dies wird auch Forschungsinstitute und Start-ups (dazu auch Ziffer 5) nach Hamburg ziehen, die weltweit anerkannte Beiträge zur Entwicklung autonomer Transport- und Logistikmodelle leisten.

3. Stadt der digitalen Verwaltung: Schneller, Hamburg!

Die CDU Hamburg strebt die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung nach baltischem und skandinavischem Vorbild an. Die Genehmigungsverfahren müssen deutlich beschleunigt werden. Nach dem Motto „Warteschleife ade!“ wollen wir die Kundenfreundlichkeit der Verwaltung stärken – aber der Gang ins Kundenzentrum wird weiter möglich sein. Hier gilt: „digital first“, aber nicht „digital only“. Der digitale Termin soll der neue Regelfall werden, ein persönlicher Termin bleibt jedoch möglich.

Wir wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung darin unterstützen, mit schlankeren und zunehmend digitalen Verwaltungsverfahren die Wirtschaft zu stärken. Für die Unternehmen in unserer Stadt wollen wir einheitliche Ansprechpartner auch in den Bereichen, die von der dafür geltenden Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union nicht erfasst werden, schaffen

(„one-stop shopping“). Die bisher in Hamburg geltende Regelung wollen wir überprüfen, um den Zugang zur Verwaltung für alle Unternehmen zu vereinfachen. Dazu gehört auch die Zurverfügungstellung von Open-Data-Software, mit der sich Unternehmen mit der Verwaltung besser vernetzen können. Auch die Integration von künstlicher Intelligenz (KI) in die bestehenden Verwaltungssysteme soll vorangetrieben werden, um Prozesse beschleunigen und straffen zu können.

Letztlich muss ein digitales Wirtschaftsrathaus entstehen, das zentralisiert alle für die Unternehmen notwendigen Verwaltungsdienstleistungen niedrigschwellig, digital und flexibel anbietet. Dies gilt gerade auch für Start-ups und Unternehmen, die nach Hamburg ziehen. Ziel muss es sein, eine Unternehmensgründung oder Neuansiedlung samt den hierzu notwendigen Behördengängen innerhalb eines Tages zu ermöglichen, um so Unternehmertum und Gründergeist nicht auf dem Verwaltungswege auszubremsen.

Zur Beschleunigung der behördlichen Bearbeitung muss ein funktionierender Datenaustausch ermöglicht werden. Hierfür bedarf es eines Datennetzes, das von allen Verwaltungsebenen genutzt wird. Anstelle der vielfach noch bestehenden Datensilos müssen sämtliche Daten und Informationen an einer Schnittstelle verfügbar gemacht werden. Es muss reichen, der Verwaltung einmal Daten zu übersenden. Insbesondere für Unternehmen wollen wir hierdurch den Behördenzugang und die digitale Identifikation vereinfachen.

Dies alles setzt einen massiven Ausbau der digitalen Infrastruktur in der ganzen Stadt voraus.

4. Stadt des nachhaltigen Wachstums: Hamburgs Maß und Mitte

Die CDU Hamburg arbeitet für eine klimaneutrale Stadt, in der nachhaltiges Wirtschaften zu Hause ist. Dabei sind große Anstrengungen erforderlich: Neben politischer Führung setzen wir auf die Kraft des Marktes, auf Innovation und hanseatischen Pragmatismus.

Einerseits ist es notwendig, dass Hamburg seine Ziele im Bereich der Klimapolitik erreicht, wofür erhebliche Investitionen notwendig sind. Andererseits können wir die sich hieraus ergebende Transformation auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gestalten. So müssen wir Rahmenbedingungen setzen, unter denen sich der Umbau zu einer klimafreundlichen Wirtschaft gegenüber dem Status quo durchsetzt. Wir wollen Anreize für klimafreundliches und wettbewerbsfähiges Wirtschaften setzen.

Die Bedeutung von Forschung und Entwicklung bei Verfahren der Kreislaufwirtschaft steigt massiv an, um einen höheren Anteil der knappen Energiewende-Rohstoffe zurückzugewinnen. Ebenso braucht es mehr Forschung zum Ersatz seltener Rohstoffe durch häufigere und günstigere Alternativen. Wir

unterstützen daher die Gründung eines entsprechenden, anwendungsbezogenen Kreislauf-Forschungsinstituts in Hamburg.

Insgesamt wollen wir vermeiden, dass Unternehmen und Wirtschaftszweige, die länger als andere für Anpassungen an die sich ändernden Rahmenbedingungen brauchen, zurückgelassen werden. Wir wollen keine überzogenen Anforderungen, die einzelne Wirtschaftszweige nicht erfüllen können. Maß und Mitte heißt hier, den Anpassungsprozess so zu gestalten, dass – mit staatlichen Investitionsanreizen und finanzieller Unterstützung – die Transformation auch auf betrieblicher Ebene gelingen kann. Hierbei wollen wir auch aus Gründen der wirtschaftlichen Resilienz die in Deutschland entwickelte Technologie hier nutzen und wichtiges Know-how nicht ins Ausland verlagern.

Vor allem sind wir davon überzeugt, dass Hamburg auch die Chancen, die sich aus der Transformation ergeben, beherzt nutzen und neuen Wohlstand generieren kann (s. dazu insbesondere auch Ziffern 5 und 8).

Die Innovationskraft Hamburgs stärken

5. Stadt der klugen Köpfe: Der beste Ort für Innovation

Die CDU Hamburg will die klügsten Köpfe in Hamburg, um die Innovationskraft und Produktivität der Stadt nachhaltig zu steigern. Mit bester Bildung und klugen Ideen werden sich Unternehmen in Hamburg ansiedeln, die auf den Weltmärkten bestehen. Dafür sind massive Anstrengungen in Bildung, Forschung und Entwicklung notwendig. Zugleich wollen wir dafür sorgen, dass in Hamburg eine Innovationskultur belebt wird, die Mut und Unternehmergeist angemessen wertschätzt.

Dies beginnt im Bereich des Handwerks. Wir wollen die Attraktivität beruflicher Ausbildung steigern und die finanzielle Ausstattung der Einrichtungen für Fort- und Weiterbildung verbessern, gerade auch mit Blick auf die Digitalisierung des Handwerks und in Anwendung neuer Umwelttechnologien, deren Umsetzung nur durch fortlaufend geschulte Handwerker/-innen und Dienstleister/-innen gelingen kann. Hierbei ziehen wir die Einführung von „Fast Track“-Ausbildungen in Betracht, die mit einer Ausbildungszeit von unter drei Jahren sektorspezifisches Wissen vermitteln. Ein Beispiel hierfür könnte eine Ausbildung zur Installation von Photovoltaikanlagen im Gebäudesektor sein. So könnten zeitnah dringend benötigte Personalkapazitäten und Know-how geschaffen werden, um auszuschließen, dass die Umsetzung der Energiewende an einem Mangel qualifizierter Arbeitskräfte scheitert.

Forschung und Innovation benötigen Kapital. Im Jahr 2020 hat Hamburg lediglich 2,21 % seines Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert. Der Vergleich mit anderen Bundesländern wie Bayern (3,33%), Baden-Württemberg (5,65%), Hessen (3,03%) oder Berlin (3,28%) zeigt, dass Hamburg von Deutschlands Spitzengruppe noch weit entfernt ist, was sich auch in der

derzeitigen Forschungs- und Unternehmenslandschaft unserer Stadt zeigt. Die neue Innovationsstrategie Hamburgs weist zwar in die richtige Richtung. Aber die finanzielle Ausstattung für die (Weiter-)Entwicklung und notwendige Skalierung bedeutender Zukunftstechnologien für Hamburg ist bei weitem nicht ausreichend. Wir wollen hier einen Quantensprung, um vielversprechende Schlüssel- und Zukunftstechnologien am Standort Hamburg auch effektiv zu skalieren: In einem Zukunftsfonds sollen – unbeschadet der regulären Haushaltsmittel der Stadt – Erträge und Rückflüsse aus der Hapag-Lloyd-Beteiligung der Stadt (2022: rd. 800 Millionen Euro; 2023: rd. 1,5 Milliarden Euro) gebündelt werden, um Forschungsprojekte zu finanzieren und eine starke Hebelwirkung zu entfalten. Dieser Zukunftsfonds soll mit einem Startkapital von 1 Milliarde Euro ausgestattet und langfristig finanziell ausgebaut werden. Damit kann bei der Förderung kapitalintensiverer Schlüsseltechnologien auch eine bessere Verzahnung von Land und Bund im Sinne eines Bund-Länder-Förderpakts „Zukunftstechnologien“ stattfinden. Mit einer solchen Einrichtung und der damit verbundenen Hebelwirkung ist eine erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung der Innovationsstrategie der Stadt realisierbar, und in den für Hamburg relevanten Zukunftsbranchen wie IT, KI, Quantencomputing, Industrie 4.0 (dazu Ziffer 6), erneuerbare Energien (Ziffer 8) und Gesundheitsforschung (Ziffer 9) werden neue Impulse gesetzt. Zusammen mit einer Innovationsagentur im Norden wird so die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Metropolregion Hamburg gestärkt. Neben der finanziellen Förderung muss ein Fokus auf der Entlastung von Start-ups von Compliance-Pflichten in der Gründungsphase und auf der Idee von Sonderinnovationszonen mit erweiterten Reallaboren und zielgerichteten Accelerator-Programmen, wie sie auch die Handelskammer vorgeschlagen hat, liegen.

Wir wollen, dass das Projekt Science City Bahrenfeld gelingt. Auch darüber hinaus muss die Hamburger Politik „Vernetzung leben“ und die Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft im Rahmen von Wissenstransfers erheblich fördern. Wir stehen für die gezielte Ansiedlung weiterer Forschungsinstitute. Damit die Wissenschaft genügend Ideen hervorbringt, müssen die staatlichen Hochschulen solide und auskömmlich finanziert werden. Das gilt sowohl für Personal- als auch für Sachmittel und Investitionen. Nur so wird Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die dringend benötigte Umgebung für die perspektivische Entwicklung zur Verfügung gestellt.

Wohin eine gute finanzielle Ausstattung der Universitäten und eine enge Verzahnung mit Forschungsinstituten und der Wirtschaft führen können, beweist München: Dort sind im Umkreis der Universitäten zahlreiche deutsche Vorzeige-Start-ups entstanden. Hamburgs Rolle als Standort für Start-ups ist hingegen viel zu wenig ausgeprägt. Hamburg liegt z. B. bei der Entwicklung von Software- und Tech-Start-ups im deutschlandweiten Vergleich weit abgeschlagen hinter Berlin und München zurück. So hat die Handelskammer bereits im Dezember 2020 festgestellt, dass insbesondere im MINT-Bereich ein deutlicher Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften herrscht. Geschehen ist seitdem wenig. Sollen

Gründungen auch in Hamburg erfolgreich sein, muss seitens der Hamburger Politik, in Verbindung mit privaten Investoren, genügend Wagniskapital für Universitätsausgründungen in Form von Risikofonds bereitgestellt werden.

6. Stadt der Industrie: Hamburgs Turbo-Antrieb!

Die CDU Hamburg steht zur Industrie und zum Gewerbe als starker Säule für Arbeit und Wohlstand. Wir wollen die Industrie der Zukunft in Hamburg, auch innerhalb der Stadt, ansiedeln – unter Einhaltung hoher Umweltstandards. Wir wollen auch den Klimaschutz zu einer wirtschaftlichen Erfolgsstory machen (dazu Ziffer 8).

Mit dem Hafen (dazu Ziffer 7) und dem Industriegebiet Billbrook/Rothenburgsort verfügt Hamburg über die beiden größten zusammenhängenden Industriegebiete Norddeutschlands. Zudem bestehen zahlreiche weitere, über die gesamte Stadt verteilte Gewerbe- und Industriegebiete. Wir müssen dem Gewerbe und der Industrie weiterhin Entwicklungsmöglichkeiten bieten und entsprechend neue Flächen ausweisen. Zu diesem Zweck wollen wir Baugebiete nicht nur als Gewerbe-, sondern ausdrücklich als Industriegebiete ausweisen. Umwidmungen von Gewerbe- oder Industrieflächen müssen an anderer Stelle gleichzeitig und vollständig ersetzt werden. Hamburg muss zudem das industrielle Potenzial des Areals um die Billstraße weitaus besser nutzen als bisher.

Viele Industriebranchen sind in Hamburg besonders stark: Luftfahrttechnik, Medizintechnik, maritime Industrie, Grundstoffindustrie – um nur einige Bereiche zu nennen. Unsere Stadt ist Deutschlands größte Industriestadt mit starken, auch global erfolgreichen Unternehmen. Trotzdem muss der Industriestandort Hamburg noch innovativer, noch schneller, noch digitaler, noch stärker werden. Dazu müssen viele Cluster neu ausgerichtet werden, insbesondere im norddeutschen und nordeuropäischen Zusammenhang und bei Forschung und Entwicklung. Cluster sind heute dann erfolgreich, wenn sie als Netzwerke auf neue Technologien ausgerichtet sind. Dies wollen wir sicherstellen.

Hierzu muss auch die Politik mehr beitragen. Kraft- und mutloses Mikromanagement reicht nicht. Das gilt insbesondere für die bedeutenden energieintensiven Unternehmen, vor allem aus der Grundstoffindustrie. Um ihre Zukunft zu sichern, fordern wir eine starke finanzielle Entlastung der Industrie, um diese gegenüber dem europäischen und außereuropäischen Ausland wettbewerbsfähig zu machen und ihr Planungssicherheit zu geben. Ferner muss die Energieversorgung insbesondere für die energieintensiven Industrieunternehmen technologieoffen und grundlastfähig sein, um Blackouts in der Energieversorgung weiterhin verlässlich ausschließen zu können.

Norddeutschland trägt weit überdurchschnittlich zur Versorgung Deutschlands mit klimafreundlichen, erneuerbaren Energien bei. Trotzdem müssen die in Norddeutschland ansässigen Betriebe, die keine

Großkunden sind, deutlich höhere Netzentgelte als in anderen Teilen Deutschlands zahlen. Wir fordern deshalb den Bund auf, den Vorschlag der zuständigen Agentur der Europäischen Union zu unterstützen, Deutschland in mehrere Strompreiszonen aufzuteilen. Für den Norden muss sich der starke Ausbau der erneuerbaren Energien auszahlen, der auch einige Lasten für die Region mit sich bringt.

Eine immer größere Herausforderung stellt für die hiesige Wirtschaft die Versorgung mit Rohstoffen dar. Dies gilt besonders für die Wertschöpfung im Rahmen der Energiewende. Zwar ist die Sicherung von Rohstoffen eine europäische und nationale Aufgabe. Dennoch kann Hamburg selbst mehr tun und sich dabei auf große Erfahrungen der Hamburger Industrie- und Handelsunternehmen sowie wissenschaftlichen Institute stützen. Es braucht genauere Analysen der Nachfrage und des Angebots an seltenen Erden, Platingruppen-Metallen und anderen Energiewende-Mineralen. Wir unterstützen daher den Auf- und Ausbau entsprechender Forschungskapazitäten an den bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen.

7. Stadt am Wasser: Welt- und Energiehafen Hamburg

Die CDU Hamburg steht fest zum Welthafen Hamburg. Unsere Stadt lebt von ihm – durch Beschäftigung, Einkommen und Güterversorgung. Zugleich bleibt der Hafen der Garant für große Teile des Imports und Exports für ganz Deutschland und Mitteleuropa. Aber wir müssen und wollen den Hafen und die Logistikketten weiterentwickeln und kraftvoll in die erforderliche Infrastruktur des Hafens investieren. Die Zukunft des Universalhafens liegt auch in noch mehr industrieller Wertschöpfung sowie in der Erzeugung, Verarbeitung, Lagerung und im Import von Energie.

Wir brauchen dringend einen Hafenenwicklungsplan (HEP), der diesen Namen auch wirklich verdient. Der Hafen verliert Umschlag und Marktanteile an die anderen großen Hafenstandorte im nordwestlichen Europa („*Nordrange*“). Der saft- und kraftlose HEP des Senats stößt in der Wirtschaft zu Recht auf breite Kritik. Hafen- und Energiewirtschaft sowie Schifffahrt benötigen klare Ziele und Perspektiven, eine Strategie zum Erreichen der Ziele und Planungssicherheit. Andernfalls wird privates Kapital abfließen und der Abstieg des Hamburger Hafens weitergehen. Hamburg kann dies aber nicht allein bestimmen. Daher muss die Strategie auf die kommende nationale Hafenstrategie abgestimmt werden, endlich auf eine angemessene Beteiligung des Bundes an der Finanzierung abzielen, mehr Kooperation zwischen den deutschen Seehäfen vorsehen und die Verkehrsströme auf der Bundeswasserstraße Elbe steuern. Private Initiativen zur Steuerung der Verkehrsströme, wie das Hamburg Vessel Coordination Center (HVCC), sollen stärker unterstützt werden.

Wir wollen den Hafen als Universalhafen in der Metropolregion und für Nordeuropa fortentwickeln. Wir müssen bestehende Wertschöpfungsketten verlängern, Warenströme langfristig an den Standort Hamburg binden, vermehrt hafenbezogene Unternehmen ansiedeln und die großen Potenziale stärker

ausschöpfen. Dabei bauen wir auf zahlreichen Betrieben in der Metropolregion Hamburg auf, die vor- oder nachgelagert zum Hafenumschlag tätig sind. Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf die Ansiedlung von Industriebetrieben richten, die auf einen Zugang zum seeschifftiefen Wasser angewiesen sind.

Die stärkere Entwicklung des Hafens zum nordeuropäischen Energiehafen ist richtig und möglich. Es reicht aber nicht, wenn der Senat dieses Schlagwort verwendet, ohne es mit Substanz zu füllen. Der Wettbewerb ist groß. Ohne Investitionen kann eine erfolgreiche Entwicklung des Hamburger Hafens und der norddeutschen Seehäfen insgesamt nicht gelingen. Wir werden die Investitionen in den Hafen deutlich ausbauen und nicht – wie es der Senat für 2024 bis 2026 plant – immer weiter zurückfahren.

Die überalterte Hafeninfrastruktur muss umgehend und dauerhaft erneuert, ausgebaut und funktions- und wettbewerbsfähig gehalten werden. Dies gilt gerade auch für die Kaimauern, die einen massiven Investitionsbedarf in Höhe von rund drei Milliarden Euro aufweisen. Deutlich mehr als bislang muss auch der Bund in die Pflicht genommen werden: Verhandlungsziel aller Küstenländer gegenüber dem Bund sollten ein Betrag von mindestens 500 Millionen Euro jährlich für die Seehäfen-Infrastrukturen sowie eine regelmäßige Überprüfung und bei Bedarf auch Anpassung dieses Betrags sein, so wie es im Frühjahr die Hafensprecher der norddeutschen CDU-Landtagsfraktionen in einer gemeinsamen Erklärung gefordert haben.

Wir werden die neue Köhlbrandquerung und die Hafenpassage (A 26-Ost) entschlossen vorantreiben. Jeder Tag mit Verkehrsstau im Hafen schadet Hamburgs Position als Wirtschafts- und Industriestandort.

Hinzu kommen Projektplanungen für den Ausbau aller Säulen: Erzeugung (einschließlich Schiffskraftstoffe), Lagerung, Verarbeitung, Verteilung (einschließlich Netze und Pipelines) und Import aus Europa und Übersee (einschließlich Terminals), ebenso eine wirtschaftsfreundliche, sichere und schnelle Regulatorik und öffentliche Verwaltung.

Denn für die Reedereien muss die seewärtige Erreichbarkeit des Hafens verlässlich gewährleistet werden. Es schadet Hamburg, dass der Hafen nicht ständig für Seeschiffe mit einem Tiefgang von 14,5 m erreichbar ist und Liegeplätze und Zufahrten im Hafen zunehmend verschlickt sind. Es muss umgehend Abhilfe geschaffen werden, und über die Hamburg Port Authority (HPA) und die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes müssen die erforderlichen Baggerarbeiten veranlasst werden. Dies gilt auch für die Westerweiterung des Hafens. Wir werden die Gespräche mit unseren Nachbarn Niedersachsen und Schleswig-Holstein und dem Bund für eine dauerhafte Lösung der Schlickthematik zügig, nachhaltig und partnerschaftlich zum Erfolg zu bringen. Ebenso konzertiert wollen wir die Errichtung eines Elbsperrwerks prüfen.

Wir halten daran fest, die Hafenflächen ausschließlich für die Hafenwirtschaft, die hafennahe Industrie und die Energiewirtschaft vorzuhalten. Weil Hamburg stark vom Hafen lebt, darf die Wohnbebauung nicht noch weiter in das bisherige Hafengebiet vordringen. Auch darf der Hafen nicht zum Auffangbecken ansonsten im Stadtbild unerwünschter Infrastruktur werden. Die HPA muss die Flächen zu Preisen vermieten, die im Vergleich zu den anderen großen Hafenstandorten in der Nordrange wettbewerbsfähig sind. Ein Schwerpunkt muss dabei auf der Vermietung an maritime Start-ups liegen.

8. Stadt der neuen Energien: Leuchtturm im Norden

Für die CDU Hamburg steht fest: Die Wirtschaft braucht bezahlbare, saubere und sichere Energie. Die Nutzung erneuerbarer Energien ist der Schlüssel für die unverzichtbare Defossilisierung der Volkswirtschaft und zur Erreichung der Klimaziele. Angesichts steigender CO₂-Emissionspreise werden erneuerbare Energien auch auf dem Markt immer wettbewerbsfähiger.

Erneuerbare Energien bieten durch die mit ihnen verbundenen technischen Entwicklungen, die Produktion von Anlagen, Komponenten und Ausrüstung sowie Ingenieur-, Beratungs-, Logistik- und Transportdienstleistungen große Wachstumschancen. Wir wollen Hamburg zu einem internationalen Leuchtturm für erneuerbare Energien in Nordeuropa machen. Die Herausforderung liegt darin, die gesamte Wertschöpfungskette, von der Forschung (dazu o. Ziffer 5) über die Produktion bis hin zur Anwendung und dem Handel in Hamburg auszubauen und so Arbeitsplätze, Innovation und Profil zu schaffen. Bei Windenergie, Photovoltaik, Solarthermie, Brennstoffzellen, Batterien, Elektrolyseuren hat Hamburg bislang nahezu keine industrielle Fertigung. Wir wollen die Industriegebiete im Hamburger Hafen und in den Bezirken hierfür nutzen.

Wir unterstützen den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur, beginnend mit dem Hamburger Wasserstoffindustriennetz im Hafen und zügigen Erweiterungen in die Industrie- und Gewerbegebiete. Wir fordern, die Planungen für Importterminals für Wasserstoff, Ammoniak, Methanol und synthetische Kraftstoffe zu beschleunigen. Die erforderlichen Zertifizierungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die neuen technischen und Sicherheitsstandards und Richtlinien müssen schnell, transparent und in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen, Institutionen und Verbänden umgesetzt werden. Nur so wird Hamburg auch beim Markthochlauf der Wasserstoffwirtschaft ein Leuchtturm sein und im internationalen Wettbewerb mit anderen europäischen Metropolen und Hafenstandorten bestehen.

Die rot-grüne Politik in Hamburg verschläft bislang das Potenzial der Tiefengeothermie in Hamburg. Außer der Wilhelmsburg-Bohrung, die erst durch Förderung des damals CDU-geführten Bundeswirtschaftsministeriums möglich wurde, passiert kaum etwas. Geothermie bietet aber auch in Hamburg klimaneutrale, erneuerbare Wärme für Gebäude einschließlich Gewerbe. Wir wollen die Chancen der

Geothermie für Prozesswärme ernsthaft prüfen. Zudem erwirtschaftet Hamburg bereits jetzt einen Wärmeüberschuss. Wir wollen diese (industrielle) Abwärme nutzbar machen, damit sie nicht mehr ungenutzt an Luft und Elbe abgegeben wird.

9. Stadt der Gesundheit: Hamburg heißt Leben

Die CDU Hamburg sieht in der Gesundheitswirtschaft eine große Zukunftsaufgabe, die den Menschen dient – mit Fortschritt in Forschung und Medizintechnik. Hamburg soll zu einem internationalen Spitzenstandort in Gesundheitswirtschaft und „Life Science“ werden. Sowohl im Krankenhauswesen als auch in der Medizintechnik haben wir in Hamburg und der Metropolregion bereits viel erreicht. An diese Erfolge wollen wir anknüpfen:

Wir wollen die politischen Möglichkeiten nutzen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Innovationskraft aller forschenden Einrichtungen Hamburgs durch Schaffung von Synergien heben. Insbesondere die Stärke des Forschungsstandorts Hamburg im Bereich der Gesundheit wollen wir nutzen, um so Heimat neuer Forschung und Entwicklungen zu werden, beispielsweise bei der Infektionsforschung. Wir müssen auch bereit sein, die im Gesundheitswesen erhobenen Daten anonymisiert zu Zwecken der Forschung und Entwicklung neuer Heilansätze zu nutzen. Hier wollen wir die Verzahnung zwischen Krankenhäusern, behandelnden Ärztinnen und Ärzten sowie wissenschaftlicher und unternehmerischer Forschung fördern. Ein Fokus soll hier auf die Grundlagenforschung gelegt werden. Darüber hinaus wollen wir eine einheitliche Digitalplattform der in Hamburg ansässigen Arztpraxen und Apotheken schaffen, um auch hier den abgestimmten Datenaustausch sicherzustellen.

Eine bessere Vernetzung aller Akteure sorgt für innovative medizinische Leistungsangebote bei gleichzeitig besseren Arbeitsbedingungen und ist somit eine entscheidende Antwort auf den Fachkräftemangel. Dazu gehört auch die Telemedizin unter Einsatz audiovisueller Kommunikationstechnologien trotz räumlicher Trennung für Diagnostik, Konsultation und medizinische Notfalldienste. Diese Entwicklung wollen wir fördern und Hamburg zu einer Modellregion für eine sektorübergreifende, patientenzentrierte Versorgungsplanung machen.

Um auch ausländische Fachkräfte für die Gesundheitswirtschaft zu gewinnen, wollen wir eine mit der Branche koordinierte Qualifizierungsoffensive für die Gesundheitsberufe initiieren.

Die Attraktivität Hamburgs für den Mittelstand steigern

10. Stadt des Mittelstands: Das Fundament, auf dem wir alle stehen

Die CDU Hamburg weiß um die große Kraft des Mittelstands in der Stadt und will diese fördern: Nur eines von 40 Unternehmen, die im Deutschen Aktienindex notiert sind, hat seinen Sitz in Hamburg. Hamburg kann nur dann, wenn es den Mittelstand fördert und diesem keine Steine in den Weg legt,

Neue Kraft für Hamburgs Wirtschaft

dauerhaften Wohlstand schaffen. Erfolgreiche mittelständische Unternehmen und deren Arbeitsplätze sichern Steuereinnahmen und bilden die Basis für leistungsfähige soziale Sicherungssysteme. Deswegen wollen wir als Hamburger CDU den Mittelstand stärken!

Neben dem Fachkräftemangel (dazu Ziffer 11) und hohen Kosten für Energie (dazu Ziffer 8) belastet den Mittelstand die überbordende Bürokratie besonders stark. Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren dauern immer länger. Die Umsetzung politisch gewollter Ziele wird immer häufiger der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, angelastet. Jüngste Beispiele sind die Lieferketten-Sorgfaltspflichten, die Ausweitung der Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Neuregelung der Arbeitszeiterfassung. Wir sind uns bewusst, dass der Ursprung dieser Plagen eher in Berlin und Brüssel liegt. Die Spielräume, über die Hamburg verfügt, wollen wir jedoch ausschöpfen. Wir wenden uns gegen neue Bürokratielasten, die durch landesrechtliche Vorschriften begründet werden. Stattdessen fordern wir, auf das überkommene Schriftformerfordernis, das die Digitalisierung hemmt, in landesrechtlichen Vorschriften künftig so weit wie möglich zu verzichten. Um tatsächlich zu einem Bürokratieabbau zu gelangen, fordern wir, für jede neue landesrechtliche Vorschrift, die den Aufwand für Unternehmen erhöht, zwei bestehende Vorschriften aufzuheben („one in, two out“).

Wir wollen Handwerk und Gewerbe nicht an den Stadtrand verdrängen, sondern über unsere Stadt verteilen. Insbesondere für die dicht besiedelten Innenbereiche sehen wir Handwerks- und Gewerbehöfe als eine sinnvolle Lösung für eine Stadt der kurzen Wege an. Die Meistermeile am Offakamp ist ein gutes Beispiel. Handwerks- und Gewerbehöfe sind auch in der Bauleitplanung geeignet, als Riegel zwischen Wohn- und Gewerbegebieten zu dienen. Wir wünschen uns mehr Aufgeschlossenheit für solche Vorhaben.

Um dem Klimawandel entgegenzuwirken, müssen in den nächsten Jahren Hamburgs Häuser klimafreundlich saniert werden. Dafür braucht es – neben der finanziellen Unterstützung des Staates – auch gut aus- und fortgebildete Handwerkerinnen und Handwerker, die eine solche Sanierung bewerkstelligen können. Deshalb fordern wir für alle Hamburger Handwerker die Ermöglichung einer kostengünstigen und unbürokratischen Aus- und Fortbildung im Klimahandwerk.

Hamburg ist eine Dienstleistungsmetropole. Dies gilt für die vielen Selbstständigen, die Werbeagenturen, die Unternehmen der Digital- und Kreativwirtschaft genauso wie für Finanzdienstleistungen und viele andere. Hier sei insbesondere auch auf die Tourismus- und Freizeitwirtschaft verwiesen, die für Hamburg von zentraler Bedeutung sind. Die CDU Hamburg will diese Bereiche, die in den letzten Jahren oftmals besonders gelitten haben, stärken. Nach dem Niedergang der Finanz- und Versicherungswirtschaft hat zuletzt beispielsweise der Medienstandort Hamburg Tiefschläge erlitten. Das Scheitern des Inkubators für FinTechs und der Ausverkauf bei Gruner + Jahr sind dafür nur die

jüngsten Beispiele. Diese Entwicklungen treffen den Mittelstand, die vielen Soloselbstständigen und Kleinunternehmen sowie die Beschäftigten besonders hart. Wir wollen gerade die Digitalisierung nutzen, um der Dienstleistungsbranche ebenso wie dem Einzelhandel (s. o.) dabei zu helfen, ihre Geschäftsmodelle in Hamburg besonders gut umsetzen zu können.

Das Tourismus- und Gaststättengewerbe ist wie kaum eine andere Branche in der Lage, Lebensqualität zu schaffen. Zugleich liegt in einer ausgebauten Tourismuswirtschaft ein enormes wirtschaftliches Potenzial für Hamburg, sowohl bei Freizeit- als auch bei Geschäftsreisen. Die Stadt soll sich stärker als Standort für Konferenzen und Kongresse präsentieren. Insbesondere seit Fertigstellung des CCH besteht die Chance für Hamburg, eine der ersten Adressen für geschäftliche Tagungen zu werden. So wollen wir, dass gezielt auf Veranstalter zugegangen und für eine Standortentscheidung zugunsten Hamburgs geworben wird.

Wir wollen sowohl den in Hamburg ansässigen Einzel- als auch den Onlinehandel stärken. Die Koexistenz beider Vertriebsformen ist für die Attraktivität Hamburgs essenziell. Wir wollen einzelhandelsgeprägte Fußgängerzonen und Shoppingviertel erhalten und Leerstand von Gewerbeflächen verhindern. Dies kann etwa durch die Verstetigung des Hamburger Digitalbonus geschehen. Um auch Besucher aus dem Umland als Kunden in den Einkaufsstraßen Hamburgs gewinnen zu können, ist eine günstige Anbindung an den ÖPNV und ebenso an den Individualverkehr einschließlich des Autos notwendig. Ergänzend muss speziell die Innenstadt wieder sicherer, sauberer und einladender werden. Daneben müssen die Einkaufsstraßen vielfältiger werden. Wo früher reiner Handel das Straßenbild prägte, ist heute ein Mix aus Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie und Unterhaltung gefordert (siehe z. B. Osterstraße). Wir wollen hierbei durch gezielte *Business Improvement Districts* das persönliche Einkaufserlebnis attraktiver gestalten, nicht Online-Vertriebswege abwerten und verkomplizieren. Diese sind angesichts der weiter voranschreitenden Digitalisierung unbedingt erforderlich. Hierbei soll auch die Gastronomie eingebunden werden. So soll etwa Gastronomie im Außenbereich unkompliziert ermöglicht werden. Wir möchten, dass es für die Hamburgerinnen und Hamburger sowie auswärtige Besucherinnen und Besucher ganzjährig attraktiv ist, Hamburgs gastronomisches Angebot zu nutzen.

11. Stadt für Bildung und Arbeit: Hamburgs Wirtschaft für die Menschen

Die CDU Hamburg will gute Beschäftigung und auskömmliche Löhne. Bildung und Qualifizierung sind dafür wesentliche Voraussetzungen. Im Rahmen der Berufsbildung sollte Hamburg Pilotstandort für innovative Ausbildungskonzepte werden.

Der Fachkräfte- und oft auch schiere Arbeitskräftemangel ist von gewaltiger Sprengkraft. Angesichts des demografischen Wandels muss Hamburg daher große Anstrengungen unternehmen, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in der Stadt und der ganzen Metropolregion

sicherzustellen. Das gezielte Anwerben von Arbeitskräften aus dem In- und Ausland wird fortan ein wichtiger Aspekt für den Wirtschaftsstandort Hamburg und dessen Zukunftsfähigkeit sein.

Mit Blick auf den zunehmenden Renteneintritt der „Babyboomer“-Generation gewinnt die stärkere Einbeziehung von Frauen, Rentnerinnen und Rentnern in den Arbeitsmarkt bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels weiter an Bedeutung. Durch das Fördern berufsbegleitender Fortbildungen möchten wir den Hamburger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein lebenslanges Lernen ermöglichen und zugleich sicherstellen, dass es auf dem Hamburger Arbeitsmarkt stets genügend Fachkräfte gibt.

Zudem muss sich Hamburg auch innerhalb Deutschlands, in der Europäischen Union und im weiteren Ausland um Arbeitskräfte bemühen. Es muss ein gemeinsames Projekt von Unternehmen und der Stadt Hamburg auf den Weg gebracht werden, damit auch die bedarfsorientierte Anwerbung und Integration ausländischer Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt stärker gelingt. Wir brauchen eine gezielte und gesteuerte, bedarfsorientierte Zuwanderung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Hierfür ist es erforderlich, dass die Eingliederung ausländischer Arbeitskräfte in Hamburg so unbürokratisch wie möglich vonstattengeht und ausländische Abschlüsse und Qualifikationen künftig besser und vermehrt für den Arbeitsmarkt anerkannt werden. Bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse verfügen die Länder über erhebliche Spielräume; diese wollen wir zugunsten unserer Unternehmen nutzen und pragmatisch vorgehen. Dabei sollte die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte durch einen hamburgischen Bedarfskatalog beschleunigt werden. Gemeinsam mit den Nachbarn in der Metropolregion muss schließlich auch die Herausforderung der Unterbringung neuer Arbeitskräfte gelöst werden. Das betrifft etwa bezahlbaren Wohnraum und öffentliche Infrastruktur wie Schulen, Kitas etc.
